

Der FUNKE

TAGESZEITUNG FÜR RECHT, FREIHEIT UND KULTUR

„Der Funke“ erscheint sechsmal wöchentlich. Bei Ausfall der Lieferung infolge höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Entschädigung

Bezugspreis 2.— Mark monatlich, zuzüglich Zustellgebühr nach Vereinbarung Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit

Redaktion und Verlag: Berlin S 14, Inselstr. 6a Fernruf: F 7, Janowitz, 6909, Postcheckkonto Berlin Nr. 80460 (Internationale Verlagsanstalt G m b H.)

NUMMER 147 A

BERLIN • Sonnabend, den 25. Juni 1932

1 JAHRGANG

Um die Verhinderung des Bürgerkriegs. Bayern bleibt fest. / Goebbels droht mit „Strafgericht“.

Kriegsgeist wird eingepfiff.

Ein neuer Erwerbszweig: Luftschutz.

Von Willi Eichler.

Seit einiger Zeit häufen sich die Veranstaltungen irgend einer kleinen oder großen Behörde, die dem sogenannten Luftschutz dienen. Es handelt sich dabei nicht darum, die Luft zu schützen, auch nicht darum, jemanden vor der Luft zu schützen, sondern rund herum gesagt darum, Hunderten von Beamten eine Gelegenheit zu geben, nach außen hin so zu tun, als ob sie etwas tun wollten und was das Wichtigste ist — der

Kriegsindustrie zu einer Ankurbelung zu verhelfen dadurch, daß man die Menschen mit lautem Geschrei und Gerede über einen drohenden Krieg so verwirrt und ängstlich macht, daß sie diesen Krieg schließlich für so unvermeidlich halten, wie irgend eine übliche Krankheit.

Wir brauchen hier nicht besonders zu betonen, daß wir jede Tätigkeit für ein Verbrechen halten, die der weiteren Verhetzung der durch die heutige materielle und geistige Not ohnehin nahezu verrückten Völker dient.

Wie weit diese Verhetzung bereits gediehen ist, das geht aus der Selbstverständlichkeit hervor, mit der jetzt immer häufiger eine sogenannte Luftschutzübung veranstaltet wird. Die Telegraphen-Union HUGENBERGS berichtet über eine davon in behaglicher Breite:

„Am Donnerstag mittag begann in Allenstein die große ostpreussische Luftschutzübung, die von dem Präsidenten PAETSCH vom preussischen Innenministerium geleitet wird, und die sich bis zum 25. Juni hinzieht. An einem Tage der Übung wird auch Reichsinnenminister Freiherr VON GAYL teilnehmen. Außer diesen Herren sind aus Berlin noch zahlreiche Teilnehmer der zuständigen Ressorts, Vertreter aller Innenministerien der Länder und Vertreter der Kommunalverwaltungen, der Industrie, der Wirtschaft, der Verbände und Vereine und der Presse aus ganz Ostpreußen und dem Reich vertreten. Die Teilnehmerzahl der Gäste beziffert sich auf einige Hundert. Am ersten Tage finden Besichtigungen der Warn-Zentralen, Flugwachen, Feuerwehren u. s. w. statt.“

Wenn man dies liest, dann sollte man meinen, die deutschen Innenministerien hätten keine anderen Sorgen, als auf Kosten des armen Volkes, dessen Wohlfahrtslasten nicht bezahlt werden können, weil seine Führer nicht die Mittel ergreifen wollen, die die Not lindern können, solche — gelinde gesagt — törichten Spielereien zu organisieren und damit die letzten Groschen — natürlich nicht ihre! — zu verpulvern.

Natürlich hat sich für diese Aktion auch bereits der in Deutschland unvermeidliche Verein gegründet: der Deutsche Luftschutz-Verband. Dieser ruft

„alle Volkskreise zum Beitritt und zur Mitarbeit auf und bittet, seine Tätigkeit auch finanziell zu unterstützen. Der zivile Luftschutz ist von den Behörden in die Wege geleitet. Er bedarf der verständnisvollen Mitarbeit aller Kreise des Volkes, denn Luftschutz ist Volksschutz und Selbstschutz, insbesondere Schutz der Frauen und Kinder. Den Selbstschutz organisiert auf parteipolitisch und beruflich neutraler Grundlage unter Mitwirkung der Sachverständigen der Deutsche Luftschutz-Verband. Seinem Präsidium gehören neben

E. H. Der Kampf um die Staatsmacht, um Polizei, Regierung und Straße ist offen entbrannt — auch abgesehen von den spontan ausbrechenden Unruhen im ganzen Reich. Der bayerische Widerstand ist ungebrochen. Staatsrat SCHÄFFER, Vorsitzender der Bayerischen Volkspartei, hat am Donnerstag in einer Versammlung seiner Partei in München unter anderem folgendes gesagt:

„Es war bisher im Reich und Volk nicht üblich, daß man in 30stündiger Frist die Unterwerfung unter ein Gebot verlangt hat. Wenn wir für unser Bayerland kämpfen

— und wir werden kämpfen bis zum letzten Atemzug — dann werden wir es immer tun auf dem Boden von Gesetz und Recht.“

„Wenn ich nie um das Vertrauen erworben habe, heute muß ich um Vertrauen werben. Wir müssen den Weg der Besonnenheit weitergehen und doch den Weg, der beweist, daß der Kampf um Bayern nicht aufgegeben ist. Das Leben wäre nicht mehr lebenswert, wenn wir nicht als freie Männer in einem freien Land leben dürften. Wir brauchen die Garantie, daß

wenn es zu Unruhen kommt,

Gesetz und Recht Sieger sein werden.“

„Und so kann es sein, daß der bayerische Staat,

wie in den Tagen der Einwohnerwehr,

appellieren muß an seine jungen Söhne, um die Straße nicht einer Partei überantworten zu müssen. Wenn der Ruf kommt, dann wollen wir uns alle zusammenfinden.“

Die Bayerische Volkspartei-Korrespondenz protestiert ebenfalls gegen die Zumutungen, die das Reich an Bayern stellt und die darauf hinauslaufen, „daß sich die für die Wahrung der Rechte Bayerns und für die Führung“ einer den bayerischen Interessen dienenden Politik verantwortliche Staatsregierung selbst aufgeben soll.

„Das gute Gewissen, deutsche Politik in Bayern zu treiben, wird auch in diesen Tagen den verantwortlichen Leitern des bayerischen Geschickes den Mannesmut geben, der Reichsregierung offen zu erklären, daß Bayern aus bayerischen und aus deutschen Gründen der gegenwärtigen Reichsregierung auf ihrem falschen Wege nicht zu folgen vermag.“

Zu dem Plan neuer Demonstrationen der Münchener Nazis gegen das Uniformverbot wird aus Kreisen der bayerischen Regierung erklärt, daß Abwehrmaßnahmen vorbereitet seien und daß

Demonstrationen irgendwelcher Art, in oder ohne Uniform, nicht geduldet werden würden.

SCHÄFFERS Bemerkung von der Einwohnerwehr liegt in gleicher Richtung wie die Entschliebung der westdeutschen katholischen Arbeitervereine, über die wir vor einiger Zeit berichteten. Darin hieß es:

den Führern der zur Mitwirkung bereiten Organisationen die Führer der kommunalen Spitzenverbände und die Oberbürgermeister zahlreicher Städte an. Vorsitzender des Präsidialausschusses ist der frühere Reichsverkehrsminister KROHNE.“

Es wäre interessant, zu erfahren, von welchen Behörden der zivile Luftschutz in die Wege geleitet worden ist. Man sieht aus der ganzen Proklamation des famosen Verbandes, daß er mit einer Deutschlands Nachbarn geradezu verletzenden Selbstverständlichkeit damit rechnet, daß die Luft in näher oder ferner Zeit von „feindlichen“ Fliegern bevölkert sein wird. Bei solchem Geist darf man sich schließlich nicht wundern, wenn die Verständigung Deutschlands mit anderen Mächten trotz aller möglichen Pakte und Verträge nicht recht weiterkommt.

AUS DEM INHALT:

Der Kampf um die Straße.

Weiter hungern!

Revolutionäres Regieren.

Die Autonomiebewegung im Elsaß.

Zu den Elternbeiratswahlen.

Richtlinien der freien Gewerkschaften für den Wirtschaftsumbau.

„Vertreter der katholischen Arbeiterbewegung Westdeutschlands befürchten von der Aufhebung des SA- und SS-Verbotes Ausschreitungen im bevorstehenden Wahlkampf. Sie werden deshalb mit gleichgerichteten Volksverbänden ihre Schutz- und Abwehrorganisationen verstärken.“

Die bayerische Regierung hat mit ihren Maßnahmen nur das getan, was nach dem Verhalten der SA unerlässlich war. Wir drucken hier einen „Untergruppenbefehl“ ab, der mindestens deutlich zeigt, daß die SA eine selbständige militärische Organisation ist, deren Mitglieder sich als „Soldaten des Dritten Reichs“ aufspielen, d. h. als Bürgerkriegshorde gegen die Arbeiterschaft. Der geschwollene Ton, der noch aus den Botschaften des ausgerissenen obersten Kriegsherrn stammt, dessen Söhne Wilhelm und August sich den HITLER-Banden angeschlossen haben, macht die Sache nicht ungefährlicher. Hysteriker und eitle Großmäuler sind immer eine Gefahr.

„SA NSDAP Untergruppe Msr.

Schillingstürst, 10. Juni 1932.

Untergruppenbefehl Nr. 1.

Das SA-Verbot ist gefallen! Der Führer hat mir neuerdings das Vertrauen geschenkt, euch Franken weiter führen zu dürfen. Kameraden, die Zeit ist toterst. Der Kampf steht vor uns, das ersehnte Ziel unserer jahrelangen Arbeit — das Handeln. Ich bin ungemein stolz darauf, euch führen zu dürfen und habe restloses Vertrauen zu euch, die ihr mir schon zu wiederholten Malen die Treue bewiesen habt. Von heute ab sind wir Soldaten des Dritten Reiches.

Ich muß bis zum Einsatz das Aeußerste von euch verlangen und beim Einsatz vielleicht noch mehr. Der Stein ist im Rollen, wir können nicht mehr zurück. Wir können nur Hammer oder Amboß sein, nur siegen oder unterliegen. Seid euch der Tragweite dieses Augenblicks bewußt und folgt mit eiserner Disziplin den Befehlen eurer Führer. Mit sofortiger Wirkung gelten folgende Anordnungen:

1. Sofort nach Bekanntwerden der Aufhebung des SA-Verbotes tritt die SA im Standort ihres Sturmes zu einer sachlichen Feier an. Mit diesem Zusammenkommen ist ein

Wir fordern alle Menschen, denen an der Beseitigung der Kriegspsychose liegt, auf,

dafür zu sorgen, daß die Luft geschützt bleibt vor Fliegerbomben und kriegerischen Fliegern überhaupt.

Wir haben nicht nötig, einen Luftschutz zu organisieren. Aber einen Schutz gegen die kriegshetzerischen Luftverunzierer aller Länder haben wir dringend nötig, einen Schutz gegen die blutige Internationale der Mordindustrie und ihrer „ideellen“ Träger: des Wehrstandes.

Die deutsche Arbeiterschaft hat in bezug auf Luftschutz und ähnliche Schutzvorrichtungen alle Veranlassung, einem italienischen Sprichwort zu folgen: Gott schütze mich vor meinen Freunden; mit meinen Feinden werde ich selber fertig.

Die Autonomie-Bewegung im Elsaß.

Als nach dem Weltkriege das Elsaß in den Besitz Frankreichs überging, glaubten viele, daß nun mit einem Schlage bessere Zeiten für die Elsässer gekommen seien, gewissermaßen, als wenn man es jetzt überhaupt nicht mehr nötig habe zu arbeiten, sondern den Rest seiner Zeit bei Tanz und Spiel zubringen könne. Aber nach den ersten Wochen kam der Katzenjammer. Das Proletariat muß wie überall, so auch im Elsaß, die Zeche des Weltkrieges bezahlen. Die Massen der Bevölkerung des Elsaß fanden also, daß es ihnen unter französischer Herrschaft keineswegs so gut ging, wie sie gehofft hatten. Hinzu kam, daß die französischen Beamten, die ins Elsaß gesandt wurden, sich in mancher Hinsicht recht ungeschickt erwiesen. Für viele war dies ein Grund, ein autonomes Elsaß zu wünschen, also ein Elsaß, das sich zwar an Frankreich oder Deutschland anlehne, aber doch weder der Pariser noch der Berliner Regierung untertan sei. Hier liegt die erste Ursache des Autonomismus.

Die zweite und weit wichtigere Ursache ist darin zu sehen, daß die französische Regierung es unterlassen hat, gleich nach dem Weltkriege im Elsaß die französischen Gesetze einzuführen, und zwar insbesondere die Gesetze, die die Weltlichkeit der Schulen und die Trennung von Staat und Kirche vorschreiben. Sofort nach dem Waffenstillstand hätte die Regierung diese Gesetze ohne großen Widerstand einführen können. Denn die katholischen Pfarrer waren vorher meist Anhänger der Deutschen gewesen und versuchten, sich nach der Besetzung durch die Franzosen, teils aus Furcht, teils aus Berechnung, bei den Franzosen lieb Kind zu machen. Damals hätten sie die Bevölkerung nicht zum Widerstand gegen die Einführung jener Gesetze bewegen können. Heute aber ist die französische Regierung nicht mehr Meister im Elsaß. Die Pfarrer haben dort das Kommando. Und wir meinen, daß die katholische Kirche die Hauptschuld daran hat, daß es im Elsaß einen Autonomismus gibt.

Ein Beispiel für ihre Macht: Als HERRIOT 1924 in Frankreich am Ruder war, erlaubte er, im Elsaß gemischte Schulen neben den jetzt bestehenden Konfessionsschulen einzuführen. Die Kirche ordnete daraufhin einen Schulstreik an; die Pfarrer standen an den Schultüren, um die Kinder am Schulbesuch zu hindern. Auf diese Weise wurde die Bildung von Simultanschulen hintertrieben. Denn die katholische Kirche will natürlich verhindern, daß die Laiengesetze im Elsaß eingeführt werden. Aus dem gleichen Grunde, aus dem sie den Schulstreik unternommen hat, schafft sie die Autonomisten-Bewegung.

Ein weiterer Grund für die Autonomisten-Bewegung ist der, daß jetzt im Elsaß weit mehr Steuern gezahlt werden müssen als in Frankreich. Dazu wieder ein Beispiel: In einem Dorf in Frankreich, das, sagen wir, 300 Einwohner hat, wird ein Lehrer vom Staat bezahlt, um den Unterricht zu erteilen. Das sind monatlich 800 Francs. In vielen Dörfern im Elsaß aber werden vom Staat bezahlt: ein katholischer Pfarrer, ein protestantischer Pfarrer, ein jüdischer Geistlicher, ein katholischer Lehrer, ein protestantischer Lehrer, ein jüdischer Lehrer, das sind sechs Personen, die zusammen 4800 Francs erhalten, natürlich aus Steuergeldern. Obwohl daher der Grund für die hohen Steuern eben darin liegt, daß im Elsaß die Laiengesetze nicht gelten und der Staat daher für die Kirchen zahlen muß, behaupten die Autonomisten, die für den Kampf gegen diese Gesetze Propaganda machen, daß sie erhebliche Steuerersparnisse durchführen könnten, sobald die an der Regierung seien. Erst allmählich beginnt die Bevölkerung zu begreifen, daß die Autonomisten gerade das bekämpfen, was die hohen Steuern herabdrücken könnte. Insbesondere in der Arbeiterschaft wird immer deutlicher erkannt, daß die Autonomisten auf die Errichtung einer Rechtsdiktatur unter katholischer Leitung abzielen.

In der Autonomie-Bewegung hatten die Katholiken vor einigen Jahren eine starke Hilfe an der Kommunistischen

Partei im Elsaß. Bei Gemeinde- und Parlamentswahlen haben im zweiten Wahlgang die Autonomisten, Katholiken und Kommunisten, gemeinsame Sache gemacht. Durch dieses traurige Bündnis kam es z. B. 1928 dahin, daß die sozialistischen Gemeindebehörden in Straßburg und Kolmar gestürzt wurden. Ich habe zu jener Zeit in den Straßen von Straßburg Plakate gesehen, in denen die Kommunisten aufforderten, für die Katholiken zu stimmen, falls diese im ersten Wahlgang mehr Stimmen erhalten hätten als die KP, und entsprechende Aufforderungen der Katholiken. Geschah dies alles unter Mitwissen der kommunistischen Parteileitung und des Papstes? Jedenfalls schloß die KP erst sechs Wochen nach der Wahl diejenigen aus, die auf der gemeinsamen Liste gewählt waren, während der Papst den elsässischen Katholiken auch erst nach der Wahl einen Verweis für die Zusammenarbeit mit den Kommunisten erteilte. Die aus der KP Ausgeschlossenen schufen sich eine neue Kommunistische Partei, die bei den Kammerwahlen im Mai wieder mit den Autonomisten zusammengegangen ist. Aber seit jener Zeit haben die Autonomisten und ihre Freunde sehr an Einfluß verloren. Die Zahl ihrer Abgeordneten in der Kammer hat durch die diesjährigen Wahlen zwar noch keine Veränderung erfahren. Wäre es aber zu einer Herrschaft der Autonomisten gekommen, so wäre wahrscheinlich eine gegen die Arbeiterschaft gerichtete Diktatur daraus geworden. Wie das Beispiel von Straßburg zeigt, richtet sich die Autonomisten-Bewegung wesentlich gegen die Partei der Sozialisten. Dies zum Teil darum, weil die Sozialisten für die Einführung der französischen Gesetzgebung sind.

Viele Anzeichen deuten darauf hin, daß die ungeheuren Geldmengen, die die Autonomisten für ihre Propaganda ausgeben, unmöglich von ihnen selber herrühren können, sondern von der katholischen Kirche und vielleicht auch von deutscher Seite aufgebracht worden sind. Ja, man spricht sogar davon, daß vielleicht die Rüstungsindustrie hier ihre Hand im Spiele hat, da sie in Elsaß-Lothringen gern einen Brandherd für einen neuen Krieg schaffen möchte. Aber gerade der Versuch, das Elsaß in weitere internationale Verwirrungen hineinzuziehen, würde auf den starken Widerstand der Arbeiterschaft stoßen. Aus leicht begreiflichen Gründen ist gerade im Elsaß der Friedenswille besonders stark.

Aus all dem ergeben sich für die elsässische Arbeiterschaft folgende Forderungen, die denen der Autonomisten völlig entgegengesetzt sind:

1. Die Herrschaft der Pfaffen über die Schulen ist zu beseitigen und durch die französische Laiengesetzgebung zu ersetzen.
2. Die hohe Steuerlast ist durch Trennung von Staat und Kirche und Aufhören der Finanzierung der Konfessionsschulen zu ermäßigen.
3. Alle Bestrebungen, die — wie der Autonomismus — dazu führen, daß das Elsaß wieder zum Zankapfel in Europa werden kann, und die somit neue Kriegsgefahr für das Land heraufbeschwören, sind zu bekämpfen.

Die elsässische Arbeiterschaft will solidarisch sein mit der französischen. Sie will die gleichen kulturellen und wirtschaftlichen Bedingungen wie diese. Die Autonomie würde ihr eine Rechtsdiktatur und damit eine Schwächung der Kampfkraft im Klassenkampf beschern.

August Schmitt.

**Fordert Unterschriften-Listen an!
Zeichnet Euch ein! Sammelt Unterschriften!**

Fahrt durch den Seulingswald.

Lo. W. Zwei freie Tage! Am ersten Tage geht es bis Hersfeld. Am Bahnhof leuchtet ein rotes Transparent, umgeben von schwarz-rot-goldenen Fahnen: „Der SAJ zum Willkommen! Freundschaft!“ Etwa 700 junge Arbeiter aus Mitteldeutschland haben hier ein Treffen. Die meisten sind zu Rad gekommen. Zur Bahnfahrt reicht heute das Geld nicht mehr. Was führt die jungen Genossen zu diesem Treffen? Man spürt Kraft und Jugend. Die Transparente tragen große Worte: „Wir sind die rote Einheitsfront!“ „Wir fordern Arbeit, Recht und Freiheit!“ Aber diese Jugend hat nicht gelernt, wie sie sich die Erfüllung dieser Forderungen erkämpfen kann. Mit der unerträglichen Lage der Arbeiter hat sie sich abgefunden und versucht nun, dem Leben trotz aller Misere Schönes abzuringen, statt die Wurzel des Elends auszurotten. Es herrscht mehr Feststimmung als Kampfgeist. Freude an der Fahrt durch das schöne mitteldeutsche Gebirgsland und an der Gemeinschaft mit gleichempfindenden Kameraden überwiegt. Politische Gespräche hören wir kaum. Wo Gruppen angeregt sprechen, sind es immer wieder persönliche Erlebnisse: Wandern, Singen u. s. w. Wie die Kinder selbstverständlich in die Kirche hineingeleiten, so wird diese Jugend von dem SP-Getriebe angesogen, so daß sie keine revolutionären Aufgaben sieht, obgleich sie selber und ihre Altersgenossen zu Tausenden vor die Hunde gehen, im Kampf mit dem Hunger in den Städten, in Fürsorgeerziehung, auf der Landstraße.

Abends stehen wir vor der Frage des Quartiers. Wir wenden uns an einen sozialdemokratischen Freidenker. Er hat vollauf zu tun mit dem Betreuen von SAJ-Mitgliedern. Aber er hilft uns vom ISK ebenso selbstverständlich: „Wir Sozialisten müssen zusammenstehen“. Auf eine Empfehlung von ihm nimmt uns ein SP-Genosse im Nachbarort mit selbstverständlicher Gastfreundschaft auf. Als wir am andern Morgen Abschied nehmen, läßt er uns ein, wiederzukommen und mit einem Kreis von Genossen Fragen der Arbeiterschaft gründlich zu besprechen. Ein offenes Ohr — über Parteigegensätze hinweg — finden wir bei älteren

Arbeitern wiederholt, wenn wir „ISK“ und „Funken“ anbieten als Schriften, die sich für die Wiederherstellung einer proletarischen Einheitsfront einsetzen.

Wir bieten zum Beispiel in einem Dorf einem alten Schlosser unsere Schriften an. Seine erste Frage ist: „Seid ihr Sozialisten?“ Er interessiert sich sehr, als wir ihm vom Aprilheft des „ISK“ erzählen, daß es für Völkerverständigung wirbt. Aber er kann nicht selber lesen. Als er bei einem Brückenbau in Essen Vermessungsarbeiten machte, schnappte ihn ein D-Zug und schleuderte ihn in die Tiefe, daß er einen Schädelbruch erlitt. Seitdem ist er halb blind. Seine Frau sagt, daß sie ihm das Heft vorlesen wird. Groß ist die Freude der beiden Genossen, als sie in einem von uns einen englischen Arbeiter erkennen. Auf einem Hof im Dorf hat ein englischer Gefangener im Krieg gearbeitet. Der ging bei ihnen ein und aus. War seine Gefangenearbeit zu Ende, holte er ihnen das Gras für die Ziege. Er teilte alle Pakete mit ihnen. Zwei ihrer Söhne fielen. Er war wie ihr Sohn. Ihr Haß gegen die NS ist groß, weil sie wieder Kriege heraufbeschwören.

Wir treffen auch Bauern, die uns Gastfreundschaft erweisen. Wir bekommen Quartier, Kartoffeln, Milch, Kuchen. Bezahlung wird kaum gefordert, oft sogar entschieden abgelehnt.

Von solcher Solidarität und Menschlichkeit heben sich Erlebnisse in einem ausgesprochenem Naziort widerwärtig ab und geben einen Vorgeschmack von der Kultur des Dritten Reiches. In diesem Dorf werden wir mit Gebrüll aus den Häusern gewiesen, sobald die Menschen hören, daß wir internationale Sozialisten sind. Man bietet uns Prügel an. Wenn wir das Dorf nicht bald verlassen, würde uns ein Aufgebot von 20 Mann hinauswerfen. „Ihr treibt Zersplitterungsarbeit, nachdem wir das Dorf unter einen Hut gebracht haben“, „Ihr seid von Juden gekauft“, schreit man uns nach. Allerdings machen manche NS eine interessante Einschränkung: „Gegen die Juden in unserem Dorf haben wir nichts. Wir kommen in Frieden miteinander aus. Sie kaufen bei uns, wir bei ihnen. Aber die Juden in der Regierung!“ — Die Juden im Dorf sagen uns: „Die Nazis sind halb so wild. Sie machen nur große Wortel“

„In Coburg gibt es keine Arbeitslosen.“

NS-Propaganda und Statistik.

Die Nationalsozialisten behaupten bekanntlich, daß die nationalsozialistische Verwaltung der Stadt Coburg für das Verschwinden der Arbeitslosen gesorgt habe. Nach der amtlichen Statistik des Landesamtes Bayern, vom 14. Mai 1932, ist jedoch die Arbeitslosigkeit im Arbeitsamtsbezirk größer als in irgend einem anderen Arbeitsamtsbezirk des Freistaates Bayern. Während die Arbeitslosigkeit in Bayern im Landesdurchschnitt 34,4 pro Tausend beträgt, kann der Arbeitsamtsbezirk Coburg den traurigen Ruhm für sich in Anspruch nehmen, 60,8 Hauptunterstützungsempfänger auf 100 Einwohner aufzuweisen. Das zeigt, was der Schwindel vom „Kommunalpolitischen Dritten Reich“ in Coburg für das Dritte Reich erwarten läßt.

Gegen die SA-Uniform im Landtag

protestierte der Zentrumsabgeordnete Bock zu Beginn der Donnerstag-Sitzung des württembergischen Landtags, indem er die Vertagung der Sitzung beantragte, weil die Nazis in Parteiform erschienen seien und damit die Mehrheit des Landtags herausforderten. Nach großem Lärm wurde die Vertagung beschlossen.

Uniformverbot besteht in Württemberg nicht.

Der NS-Antrag auf Auflösung des sächsischen Landtags wurde gegen die Stimmen der NS, Deutschnationalen und Kommunisten abgelehnt. Was die Kommunisten sich nach den Wahlohrfeigen der letzten Zeit von einer Neuwahl versprechen, ist nicht recht klar.

Der Nazi-Antrag auf Auflösung der weltlichen Schulen in Preußen ist gegen die Stimmen der Deutschnationalen und der NS im Unterrichtsausschuß des Preussischen Landtags abgelehnt worden.

Das Gesicht des Zentrums

das die Kommunisten in der Mittwochsitzung des preussischen Landtags der linken Maske entkleideten, ist noch etwas deutlicher hervorgetreten: der zum zweiten Vizepräsidenten im Nazi-Präsidium gewählte Zentrumsmann BAUMHOFF hat auf den Rat seiner Fraktion dieses Amt angenommen. In seinem Schreiben an KERRL hat er dafür eine fadenscheinige Begründung hervorgesucht: Er wolle den Eindruck, daß das neue Landtagspräsidium ein „Kampfspräsidium“ sei, durch seine Weigerung nicht verstärken.

Weshalb eigentlich nicht?

Außerdem ist, genau besehen, dieser Eindruck durch die Anwesenheit BAUMHOFFS im KERRL-Präsidium nicht abgeschwächt. Es ist nur klargestellt, welche Stellung das preussische Zentrum in dem Kampf zu beziehen gedankt, dem jenes Kampfspräsidium dient.

Die Donnerstag-Ausgabe der SAZ wurde beschlagnahmt auf Antrag KERRLS, wegen der Bezeichnung „Lügenkerrl“. In ihrer Freitag-Nummer teilt daraufhin die SAZ die Lügen mit, die sie KERRL vorwirft: es handelt sich um Fälschung der Erwerbslosenziffer der Stadt Peine, um Verschweigen von Unterschlagungen des Geschäftsführers KERRLS, um gefälschte Quittungen.

Herr KERRL hätte also, statt die SAZ beschlagnahmen zu lassen, die gegen ihn erhobenen Beschuldigungen widerlegen sollen. Und wenn er das nicht kann — dann soll er den Mund halten und aus der Politik verschwinden.

Ein Normal-Kilometermaßstab aus einer Eisen-Nickel-Legierung soll an den Ravensbergen bei Potsdam aufgebaut werden, als Grundlage von Vermessungen und Kartenaufnahmen.

Ein solcher NS-Fanatismus ist in den Dörfern dieser Gegend ungewöhnlich, obgleich die Bauern HITLER gewählt haben. Sie haben es nicht aus nationaler Begeisterung oder aus Judenhaß getan. Sie wollen ihren Acker in Ruhe bestellen können, und HITLER hat versprochen, Zinslast und Steuerdruck von ihnen zu nehmen, die sie nicht mehr tragen können. „Hält HITLER sein Versprechen nicht, wählen wir ihn nicht wieder. Wenn sie uns helfen, würden wir auch KP wählen.“

Lebensgefährliche Experimente für 98 Pfennige.

In Daumersleben gastierte kürzlich eine Artistengruppe, der ein Artist mit dem Namen „Eisenkönig“ angehört. Dessen besondere Spezialität ist es, sich von einem 36 Zentner schweren Lastauto, das mit acht Personen besetzt ist, überfahren zu lassen. Der Artist, der das Experiment auf eigenes Risiko macht, wäre auf diese Weise um ein Haar ums Leben gekommen. Als die Vorderräder bereits über ihn hinweggegangen waren, rutschte das Anfahrtsbrett weg, und das eine Hinterrad drehte sich auf dem Rücken des Artisten. Das Publikum half ihm jedoch schnell, so daß er hervorgezogen werden konnte. Kurze Zeit darauf trat er nach einer kurzen Erholung in seinem Wohnwagen unversehrt vor das Publikum — seine starken Muskeln hatten ihn gerettet. Für diese lebensgefährliche Aktion hatte der Artist vorher unter den Zuschauern 98 Pfennige gesammelt.

Der Badeort Guyutlan im Staate Colima (Mexiko) wurde, wie gemeldet wird, von einer riesigen Springflut heimgesucht. Die Villen am Strande, ein neues Hotel und der neue Bahnhof wurden überschwemmt und vollständig zerstört. Die Springflut trat am Mittwoch urplötzlich um die Mittagszeit auf, als gerade viele Kinder am Badestrande spielten. In Guyutlan befanden sich etwa 500 Badegäste. Man befürchtet, daß der größte Teil von ihnen ertrunken ist. Bisher wurden 50 Leichen geborgen. Der Springflut gingen zwei Erdbeben voraus. Der größte Teil des Badeorts Guyutlan wurde zerstört.

